



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (vom 13. bis 18. November)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Reichs Spiegel

(Vom 13. bis 18. November)

### Die innerpolitische Lage

Beginnende Beruhigung — Staatsrechtliche Fragen — Gruppierung der Parteien

Die amtlichen Mitteilungen über Inhalt und Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen beginnen doch allenthalben Eindruck zu machen. Nicht nur in den Kreisen der Großbanken und des Handels, auch aus Industrie und Landwirtschaft mehrten sich die Stimmen, die das Marokkoabkommen „eine aner kennenswerte Leistung“ nennen. (Deutsche Tageszeitung, Kölnische Zeitung.) Auch über die Gebietserwerbungen in Äquatorialafrika mehrten sich optimistische Stimmen. Daneben beginnt sich auch die Tatenlust zu regen, und allerhand Pläne über intensive Durchforschung der Kongo- und Ubangiufer liegen in der Luft. Das sind um so erfreulichere Tatsachen, als sie von neuem zeigen, wie sehr bei uns Deutschen alles zu positiver Arbeit drängt und wie im Herzen zuwider uns tatenloses Mörgeln ist. An diesen Tatsachen aber kann man auch ermessen, wie schwerwiegend die Fehler der Regierung sind, wenn sie auf eine Mitwirkung der Nation an den großen Fragen der Politik leichten Herzens verzichtet und die Bearbeitung und Leitung der öffentlichen Meinung privaten Kreisen überläßt.

Die staatsrechtlichen Fragen, die besonders mit dem Austausch von Kolonialland akut geworden sind, haben in der Kommission eine schnelle Erledigung gefunden. Abgesehen von den Konservativen stimmten alle Parteien mit der Regierung darin überein, daß die Verfassung eine Lücke aufweise, die durch den Übergang des Reichs zu kolonialen Erwerbungen hervorgerufen ist. Daher ist denn auch der Zentrumsantrag auf Ergänzung der Verfassung ohne erheblichen Widerstand angenommen und zu einem Gesetzentwurf umgewandelt worden, der lautet:

„Paragraph 1 des Schutzgebietsgesetzes vom 10. Dezember 1902 erhält folgenden Absatz 2: „Zum Erwerb und zur Abtretung eines Schutzgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes. Diese Vorschrift findet auf Grenzberichtigungen keine Anwendung.“

Die Verhandlungen boten (abgesehen von dem zur Erörterung stehenden Thema) auch rein politisch betrachtet ein hohes Interesse. Aus der Gruppierung

der Parteien, aus Anlaß der liberalen Anträge, die auf eine nachträgliche Genehmigung der neuen Abkommen durch die gesetzgebenden Faktoren hingingen, läßt sich ungefähr erkennen, auf welche Parteien die Regierung sich auch fernerhin in staatsrechtlichen Fragen gegenüber den Wünschen der Linken wird stützen können. Während alle Liberalen und die Sozialdemokraten für die erwähnten liberalen Anträge eintraten, lehnten die Konservativen und das Zentrum sie gemeinsam ab. Somit darf gefolgert werden, daß auch der demokratische Flügel des Zentrums einstweilen darauf verzichtet, der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, so daß diese in allen ernsteren Fragen über eine feste Mehrheit verfügen dürfte, trotz des heftigen Zusammenstoßes zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Führer der Konservativen. Das muß man im Auge behalten, wenn man sich ein Urteil über die innerpolitische Lage bilden will, und diese Tatsache werden vor allen Dingen die Nationalliberalen im Hinblick auf die Wahlen sehr berücksichtigen müssen; sie sind vor die Entscheidung gestellt, ob sie an der Spitze der vereinigten Linken das Land durch eine Ära von Reformen führen oder als Anhängel der konservativ-kerikalen Gruppe „das Zünglein an der Waage“ spielen wollen. Der am Sonntag abgehaltene Parteitag, dessen Verlauf ich aus technischen Gründen hier noch nicht zu berücksichtigen vermag, dürfte darüber einige Aufklärung bringen. So viel aber darf man heute schon als feststehend annehmen: wenn die Parteileitung angesichts der Situation nicht eine ganz unzweideutige Haltung bezüglich der brennenden Fragen der inneren Politik einnimmt, kann sie mit absoluter Sicherheit darauf rechnen, daß ihr die Wählermassen nach rechts und links auseinander laufen. Man glaube nicht, die Massen mit Flottenagitation oder Heeresvermehrung ködern zu können. Der Schuh drückt anderswo: Bodenreform, Wohnungsreform, Steuerreform, das sind die großen Ziele, die den Sieg in sich schließen!

G. C.

### Kolonialamtsorgen

Das Sorgenkind der Reichsregierung — Staatssekretäre und Kandidaten dazu —  
 Im Ausgange der Kolonialabteilung — Die Kandidatur Wiegands — Dessen Absage-  
 brief — Das Erbe Buchta-Lindequist

Das Kolonialamt ist noch nicht volle sechs Jahre alt, und doch gehört es zu den größten Sorgenkindern der Reichsregierung. Kein Ressort unter den Reichsämtern hat einen so lebhaften Wechsel bei den leitenden Männern und so häufig unangenehme Auseinandersetzungen mit der Volksvertretung wie eben das Kolonialamt. Ein Wunder ist es eigentlich auch nicht. Gehört es doch zu den jüngsten Ergebnissen der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Reichs und ist es doch mehr oder weniger eine Experimentieranstalt, in der ehrgeizige Diplomaten, Soldaten, Verwaltungsbeamte, Gelehrte oder Kaufleute ihr Wesen treiben können. Neuland, Versuchsland, wie die Kolonien selbst! In sechs Jahren drei Staatssekretäre und sechs Kandidaten dazu: ein Prinz, ein Kaufmann, ein Diplomat, — auf Hohenlohe Dernburg; dann Lindequist,

gewählt vor Gözen, Grumme, Wiegand und Helfferich (Paasche kam ernsthaft wohl kaum in Frage), die die Last und Verantwortung des neuen Amtes in weiser Abschätzung ihres gewiß großen Könnens nicht zu übernehmen wagten. Und wieder wird der Posten ausgebaut, und neben Helfferichs klangvollem Namen werden Dr. Solf und Freiherr v. Rechenberg genannt. Vor Rechenberg bewahre uns der Herr Reichskanzler, — ein Mann für Spezialmissionen geringeren Umfangs beim Großfürsten Ssergej in Moskau oder beim Warschauer Generalgouverneur wohl geeignet, kein Organisator großen Stils. Dr. Solf, ein Mann, der Feinde hat, offene Feinde — das deutet auf einen offenen Kämpfer. Für unsere Zeit eine Seltenheit, die man schon deshalb nicht aus den Augen verlieren sollte. — Helfferich ist unter den Dreien der Mustername: Bülow's und Richthofen's Vertrauensmann, ein wissenschaftlich fein durchgebildeter Kopf, dessen „Finanzkräfte Rußlands“ diesseits und jenseits unserer Ostgrenze berechtigtes Aufsehen erregte, und dessen diplomatischem Geschick es wohl in erster Linie gelang, den widerstrebenden Herrn v. Lindequist in das durch den General v. Trotha devastierte und terrorisierte Südwestafrika zu ziehen, — der auch wertvolle Dienste bei der jüngsten Regelung der Bagdadbahn- und Marokkofrage leistete. Ob dieser Fachkundige den Posten übernimmt? Oder wird er gleich Wiegand antworten: „Daß ich an dieser Stelle (an der Spitze des Bremer Lloyd) glücklich und mit Erfolg gearbeitet habe, darf für mich nicht als Beweis gelten, daß ich auch imstande bin, die außerordentlich schwierigen Aufgaben zu lösen, welche der Hand des Staatssekretärs harren. . .“

Als damals im November 1905 die Umwandlung der Kolonialabteilung in das Kolonialamt vollzogen werden sollte, geschah es unter dem Druck des Zentrums und nicht als konsequente Folge einer inneren Entwicklung. Der Augenblick zur Loslösung der Kolonialabteilung vom Auswärtigen Amt war deshalb auch so unglücklich wie nur möglich gewählt. Herr v. Stübel, der Kolonialdirektor, war durch den aufreibenden Kampf gegen Trotha und Leutwein nur unter Anspannung seiner letzten Energie imstande, den Geschäftsgang aufrecht zu halten. Graf Gözen, der — vom Zentrum willkommen geheißen — ihn entlasten und später beerben sollte, wurde durch unvermutet ausgebrochene Aufstände in Afrika festgehalten; General v. Trotha kümmerte sich bei seinem Vorgehen gegen die „Kapitäne“ um keinerlei Weisung, gleichgültig von wem sie kam, und warf eine Million nach der andern in den afrikanischen Busch. Der Generalstab forderte den sofortigen Bau der Bahn Lüderitzbuch — Kubub; Unterstaatssekretär Tweste aber hielt die Taschen zu und blickte sorgenvoll auf den Reichstag. Zivilbeamte und Offiziere standen einander in zwei feindliche Lager gespalten gegenüber.

Angesichts dieser Verhältnisse, die dem verstorbenen Generaldirektor des Norddeutschen Lloyds nicht unbekannt gewesen sein mögen, hat dieser an den Vermittler geschrieben, der ihm das dornenvolle Amt wiederholt anbot:

„Nach Abgang meines heutigen Briefes empfang ich Ihre so überaus liebenswürdigen Zeilen vom gestrigen Tage, die mir das Herz recht schwer gemacht

haben; ist mir doch beim Lesen derselben noch einmal der schwere Konflikt zum vollen Bewußtsein gekommen, in welchem ich mich in den Pflichten gegenüber dem Rufe des Reichskanzlers einerseits, dem Lloyd und den lokalen Interessen andererseits befinde, mit denen ich hier nach allen Seiten verwachsen bin. Die Entscheidung in diesem Konflikt zu treffen, würde für mich unendlich schwierig sein, wenn ich nicht gleichzeitig die Überzeugung hätte, daß ich das, was Seine Durchlaucht Fürst v. Bülow von mir in Erfüllung der Pflichten des Postens, wohin er mich berufen möchte, erwartet, doch nicht zu leisten vermag. Die Pflichten des Amtes würden meiner Überzeugung nach die Kräfte übersteigen, die ich zur Verfügung stellen kann, und dieser Überzeugung gegenüber kann ich nur die Antwort wiederholen, welche Sie in meinem heutigen Briefe finden. Was würde es mir helfen, ein Amt zu übernehmen, wenn mir der Glaube fehlt, daß ich es auszufüllen vermag? Je wichtiger und bedeutungsvoller das neue Amt wird, um so mehr ist es notwendig, daß seine Leitung in Händen eines Mannes liegt, der mit vollem Vertrauen zu sich selbst die Anforderungen erfüllt, welche das Amt stellt. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es Seiner Durchlaucht gelingen wird, den richtigen Mann für den Posten zu finden, aber ich selbst sehe mich außer Stande, ihm diesen Mann in eigner Person zu bieten.

Indem ich nochmals meinen tiefempfundenen Dank für das Übermaß des Vertrauens, daß mir aus Ihrem Briefe entgegenspricht, zum Ausdruck bringe, bleibe ich in herzlichster Ergebenheit  
Ihr Wegand."

In den sechs Jahren, die seit der Niederschrift dieses Briefes vergangen sind, ist ja in den Beziehungen der Ressorts zueinander manches besser geworden. Immerhin wird nicht jeder tüchtige Mann sich gern bereit finden, das Erbe der Herren Buchka, Dernburg, Lindequist ohne bestimmte Zusicherungen zu übernehmen. Das Kolonialamt als Behörde hat sich noch nicht so weit konsolidiert, daß man bei ihm die Herrschaft altpreussischer Tradition schon durchgehends feststellen könnte. Es wehen dort gar starke Brisen von der Kolonialgesellschaft herüber, die es sich angelegen sein läßt, die Wünsche der einzelnen Kolonialinteressenten energischer zu vertreten, als es immer für das Gesamtwohl wünschenswert erscheint. Mehr Widerstandsfähigkeit gegen diese „Brisen“ wird wohl das wichtigste sein, was der neue Staatssekretär seinem Apparat zuführen müßte. Dazu gehört aber zweierlei: rücksichtslose Energie bei weitem Blick und unerschütterlicher Rückhalt beim Reichskanzler gegen jedermann. Bei Solf und Helfferich soll beides vorhanden sein, nur mit dem Unterschied, daß dieser im Auswärtigen Amt und in den Großbanken die diplomatischen Methoden schätzen gelernt hat, während bei Solf landrätliche höher in Gunst stehen mögen.  
Africanus

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montag 10—12 Uhr, Donnerstag 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dossauer Straße 37.